

NPD-Fraktion Eisenach | Postfach 10 16 39 | 99817 Eisenach

An: Oberbürgermeister der Stadt
Eisenach
- Herrn Matthias Doht -

NPD-Stadtratsfraktion Eisenach

Geschäftsstelle
Postfach 10 16 39
99817 Eisenach

Es schreibt Ihnen
Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
pw

Datum
06.08.2009

Anfrage der NPD-Fraktion Eisenach

zu ehemaligen Mitarbeitern der Staatsicherheit der DDR im öffentlichen Dienst der Stadt Eisenach

Presseberichten zufolge sollen sich im öffentlichen Dienst des Freistaates Thüringen noch 800 ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit befinden.

Wir fragen:

1. Wie viele ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit sind in welchen Abteilungen oder öffentlichen Unternehmen der Stadt tätig?
2. Wie viele der Betroffenen sind im direkten Umfeld der drei kommunalen Wahlbeamten der Stadt Eisenach tätig?
3. Hält der Oberbürgermeister analog zu laut gewordenen Forderungen eine erneute Überprüfung der Angestellten im öff. Dienst für geboten?
4. Wenn Nein, warum?
5. Wenn Ja, ist eine solche Überprüfung auf Veranlassung des Oberbürgermeisters möglich?

Zu 1 bis 5:

Mit Verweis auf § 29 Abs. 3 Thüringer Kommunalordnung lehne ich die Beantwortung Ihrer Anfrage 0012/2009 ab.

6. Wird es eine Überprüfung aller gewählten Stadtratsmitglieder auf frühere Stasi-Tätigkeiten geben?
7. Wenn Ja, wann wird diese erfolgen?
8. Wenn Nein, warum?

Zu 6 – 8:

§ 12 Abs. 2 Thüringer Kommunalwahlgesetz (ThürKWG), nach der Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder (über § 27 Abs. 3 ThürKWG) verpflichtet waren, über eine frühere haupt-amtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS/AfNS oder Beauftragten dieser Einrichtungen Auskunft zu geben, ist mit Beginn der Wahlperiode zum 01. Juli 2004 bereits nicht mehr anwendbar.

Für die Fraktion:

Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender